



Volkspartei
— Villach —
Gemeinderatsklub



Verantwortung Erde
Willroiderstraße 9
9500 Villach

An den
Magistrat der Stadt Villach
Rathaus
9500 Villach

Villach, am 03.02.2023

Dringlichkeitsantrag an den Gemeinderat gemäß Paragraph 42 Villacher Stadtrecht:

„Umwidmungstopp von Freiflächen für Supermärkte“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die problematische Entwicklung im Bereich der Nahversorgung einiger Stadtteile bedarf einer Vielzahl an Maßnahmen. Neben kurz- und mittelfristig umsetzbaren Möglichkeiten wie direkten Gesprächen mit potentiellen Nahversorgern oder der Durchsetzung von rechtlichen Versorgungsverpflichtungen ist aber gerade der strukturelle Wandel im Einzelhandel zum Problem geworden, dessen Opfer nun viele Villacherinnen und Villacher geworden sind. Diese strukturellen Veränderungen müssen langfristig betrachtet in das neue ÖEK der Stadt mitaufgenommen werden. Es ist jedoch auch ans uns als Gemeinderat die Maßnahmen zu treffen, die wir selbst beitragen können.

Es ist davon auszugehen, dass Supermarktketten weiterhin versuchen die Ausdünnung in dicht bebautem Gebiet durch neue Supermärkte auf Grünflächen zu kompensieren. Diese KFZ-fokussierten Standorte benachteiligen jedoch alle Menschen, die über keinen Führerschein oder kein eigenes KFZ verfügen. Dies macht 1/3 der gesamten Bevölkerung Villachs aus. In der Regel kommt dazu, dass dieser Beitrag zur Mobilitätsarmut gerade die vulnerabelsten Gruppen unserer Gesellschaft trifft.

Villach ist sich seiner Verantwortung bewusst, auch und gerade für nicht auto-mobile Bürgerinnen und Bürger die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu sichern – das Modell der „Stadt der kurzen Wege“ ist soziales und ökologisches Vorbild. Um dieser Phrase auch im Tun Rechnung zu tragen, ist es notwendig die KFZ-Abhängigkeit der Versorgungswege zu verringern. Dies bedeutet, dass die Stadt im Rahmen der eigenen Möglichkeiten aktiv wird und vor allem die Ansiedlung von Handelsgewerben, die auf Güter des täglichen Bedarfs spezialisiert sind, an den Stadt- und Siedlungsrändern einschränkt. Als klares Signal an die betreffenden Handelsketten, schlagen wir



Volkspartei
— Villach —
Gemeinderatsklub



vor bis zur Fertigstellung des neuen ÖEK für die Stadt Villach einen Umwidmungsstopp für die betreffenden Handelsgewerbe außerhalb von Siedlungsgebieten zu erlassen.

Es ergeht folgender **Antrag**:

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen: Um die Nahversorgung der Villacher Bürgerinnen und Bürger zu sichern, sowie räumliche Fehlentwicklungen zu vermeiden, verzichtet die Stadt Villach für die Dauer des Aufstellungsprozesses des neuen Örtlichen Entwicklungskonzepts auf die Umwidmung von Grünflächen zugunsten von Handelsbetrieben für Güter des täglichen Bedarfs am Stadtgebiet. Weiters sollen Widmungen zusätzlich einer Bedarfsprüfung nach Nahversorgerdichte untersucht werden um bei Unter- oder Überversorgung von Stadtteilen lenkend eingreifen zu können.

Für Rückfragen und gedankliche Hilfestellung stehen wir gerne zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen,

Unterschriften: